II-7043 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3579 /J

1989 -04- 06

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Ermacora
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend Äußerungen von Frau Staatssekretär Dohnal zur österreichischen Landesverteidigung

Frau Staatssekretär Dohnal hat in einer Veranstaltung des Wiener Friedensforums der militärischen Landesverteidigung eine klare Absage erteilt. Auf die Frage angesprochen, ob sie sich nicht an die Verfassung gebunden fühle, meinte sie, sie dürfe doch auch Privatmeinungen vertreten. Sie erklärte in diesem Zusammenhang, daß man auch über ein Berufsheer diskutieren solle.

Ein Regierungsmitglied kann in öffentlichen Fragen keine Meinungen vertreten, die privater Natur sind. Frau Dohnal hat die Bundesverfassung zu achten. Diese gebietet eine Landesverteidigungspolitik. Dazu kommt, daß vor wenigen Monaten das Gebot in die Verfassung aufgenommen wurde, die militärische Landesverteidigung milizartig zu organisieren. Damit wurde der Idee eines Berufsheeres eine klare Absage erteilt. Auch das hat ein Mitglied der Bundesregierung zu achten. Frau Staatssekretär Dohnal ist dem Bundeskanzler zugeordnet. Der Bundeskanzler ist für die umfassende Landesverteidigung verantwortlich.

Im Hinblick auf diesen Sachverhalt stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Welche Stellungnahme geben Sie als für die umfassende Landesverteidigung Verantwortlicher zur Aussage von Frau Staatssekretär Dohnal zur österreichischen Landesverteidigung ab?

2. Sind Sie bereit, sich auch öffentlich von diesen Aussagen zu distanzieren?